

Mit religiösem Sonntagsblatt

Zeugungspreis für das Vierteljahr 18.50 Mk., für den Monat 4.50 Mk.
 Vierteljahr 12 — Mark, monatlich 6 — Mark ohne Bestellgeld;
 halbjährige Colonien od. deren Raum, für ausm. Abnahme 1.50 Mk., Re-
 kolonisation 5. — Mark; bei Wiederholungen entfallender Nachsch.
 Schluß der Anzeigen. Annahme: Für größere Anzeigen Vorabend
 4 Uhr, für kleinere Anzeigen Vorabend 6 Uhr. — **Polstschick-
 Konto:** Nr. 1632 Frankfurt a. M. und Nr. 80.793 Köln a. Rh.

frei ins Haus; durch die Post für den
Anzeigenpreis: 1 Mark für die achte

38. Jahrgang

Amnestie

Genossen wenige Monate vorher durchzuführen. Und Herr Kapp wollte bei weitem nicht so Hardschbares, als es durch die Revolution geschehen ist. Die Linke hat darum keine Veranlassung, heute Klage zu führen, wenn man die politischen Sünden auf der rechten Seite laufen läßt. Sie kann auch schlecht Treue zur Verfassung verlangen, denn sie hat ja die Verfassung selbst gebrochen und mit Gewalt außer Kraft gesetzt. Sie hat den Reichstag für aufgelöst erklärt und damit daselbe getan, was später Herr Kapp durchführen wollte. Auch hier zeigt sich wieder, wie jene Parteien, denen die Macht alles ist, nicht zu führen sind, ein Volk zu führen. Ihnen fehlt die sittliche Grundlage, auf der allein sich der Staat aufbauen kann. Ihnen fehlt auch das moralische Recht, gegen jene vorzugehen, welche die Verfassung mit Gewalt bekämpfen. Ein Staatswesen kann eben nur auf christlicher Grundlage gedeihen, auf der Grundlage des Rechtes und der Gerechtigkeit, der Achtung vor der Autorität und vor dem Volkswillen. Das dürfen die preussischen Wähler auch bei den bevorstehenden Wahlen nicht übersehen. Lassen sie sich von Aufstellungen leiten, wie sie auf der rechten und auf der linken Seite zum Ausdruck gebracht werden, dann sind künftighin schwere Erschütterungen unvermeidlich.

* Berlin, 29. Dez. Die Reichsregierung ließ an die Völkervereinigung folgende Note richten:

weit sie von der Kontrollkommission nicht genehmigt sind, ergingen am 15. Dezember und 20. Dezember.

* Berlin, 28. Dec. Von der Regierung wird mitgeteilt, daß am 22. Dezember beim Ausdrücken einer von General F o l l e t unterzeichneten Note der Interalliierten Militärkommission einmündelnd ist, in der die Auffassung der Sicherheitspolizei verhandelt wird. Der Verlauf der Note soll nach den Absichten der Reichsregierung ausdrücklich veröffentlicht werden, weil man verstehen will, in unmittelbaren Beziehungen mit der Interalliierten Beobachtungskommission die Maßnahmen zu klären, auf die man die Note zurückführen zu müssen glaubt.

Die Rote Rottekt hält sich auf die in der Erklärung vom 22. Juni und den Besprechungen in Spa festgelegten Bedingungen für die Organisation der Polizei in Deutschland. Die Rote vom 22. Juni hatte die Kuffigung der Sicherheitspolizei binnen drei Monaten verlangt, darüber ob eine Erhöhung der Kopfziffer der lokalen Ordnung- und Schutzpolizei von 12.000 auf insgesamt 150.000 Mann angedacht und das Entwaffnungsprotokoll von Spa hatte hierzu noch die unveränderte Entwaffnung der Sicherheitspolizei freigegeben. Die Einzelheiten der Bewaffnung und Organisation der veränderten Polizei sollten unmittelbar nach den Abmachungen zwischen der Interalliierten Beobachtungskommission und den ausländischen deutschen Stellen vorherhandelt werden. Solche Abmachungen sind in der Tat zwischen der preussischen Regierung und der Interalliierten Kommission getroffen worden. Der Inhalt ist in dem Erlass des preussischen Ministers des Innern vom 4. Oktober d. J. niedergelegt, der vor seiner Veröffentlichung der Interalliierten Kommission vorgelegt hatte. In dem Erlass in die Kommission und die Bewaffnung der Polizei nach im Einklang mit den Forderungen der Interalliierten Kommission. Die Sicherheitspolizei ist aufgelöst und entmilitarisiert. Jede zentralisierte Gliederung ist aufzuheben, die Polizeigewalt steht nur noch den örtlichen Polizeibehörden zu. Der Durchführung dieses Erlasses dienen dann noch Ausführungsbestimmungen, die am 21. November erlassen. Gegenüber der neuen Rote Rottekt betont man hier, daß die Bedingungen der Alliierten, die mit Zustimmung der Beobachtungskommission in dem Erlass vom 4. Oktober bindende Vorkehrungen aus dem preussischen Standpunkt aus geworden sind, inhaltlich unverändert seien. Wenn der Rest der Polizei, der in der Rote der Alliierten vom 22. Juni richtig gekennzeichnet worden ist, überhaupt noch erreicht werden sollte, dann seien weitere Abänderungen oder gar Einschränkungen über das Maß des Erlasses vom 4. Oktober hinaus unmöglich. Deshalb glaubt man auch einer etwaigen Nachprüfung der Verhältnisse in Preußen auf Grund der neuen Verhandlung Rottekt mit ruhigen Gemüthen entgegensehen zu können. Soweit noch einzelne Unklarheiten in der Ausführung des Erlasses vom 4. Oktober festzustellen sind, wie z. B. die Verschiedenheit der Uniformen für die Polizei, werden sie mit den Schwierigkeiten befristet, die sich auf der augenblicklichen Materialnot ereignen.

»Berlin, 29. Dec. Von italienischer Seite wird uns über die Vorgänge bei Fiume eine ununterbrochene Darstellung gegeben, die bis zum 27. December reicht und der wir folgendes entnehmen: Das Vorgehen der regulären Truppen kann in zwei Perioden getheilt werden: Verhändlung der Blockade und wirklicher Vormarsch, der im Gange ist. Der Vormarsch konnte nicht weiter hinausgeschoben werden; es war die Gefahr vorhanden, daß die Fiumer Regimäre d'Annunzio's jugoslawisches Gebiet betreten könnten. In der Nacht zum 24. December bekamen die regulären Truppen allseitig Befehl, vorzurücken, während Kriegsschiffe des Geschwaders der oberen Adria in den Gewässern von Fiume erschienen, sich jedoch auf Demonstrationen beschränkten. Um 6 Uhr nachmittags fanden die regulären Truppen den ersten ernstlichen Widerstand. Nach kurzem Gefecht rückten sie die Eisenbahn entlang bis zu den ersten Häusern von Fiume vor. Eine Abtheilung Alpini besetzte den Bahnhof. Die Truppen gaben sich die größte Mühe, sowohl die Häuser wie das Leben der Einwohner möglichst zu schonen. Während die meisten der Einwohner sich angeschlossen in ihren Häusern einschlossen, veranstaltete eine erhebliche Anzahl Fiumer eine Straßenlandungsbatterie gegen den Italiens und gegen die Truppen d'Annunzio's. Sie verließen den Palast des Quarnaro zu erreichen, wurden jedoch von Legionären zerstreut. Um 412 Uhr nachts war der Vormarsch der regulären Truppen beendet und die Truppen hatten die Aufgabe unter Führung der Disziplin vollendet, obgleich die Legionäre alle Widerstandsmittel aufwandten. General Cavaglia wollte den 25. December, den heiligen Tag, ohne Blutvergießen vergehen lassen. Daher zeigten die regulären Truppen jedes Vorgehen ein. Am 26. December wurden die Kriegsoperationen wieder aufgenommen. Die regulären Truppen rückten in die Stadt, wo die Legionäre lebhaften Widerstand leisteten. An Bord des Torpedoboots »Espero«, der sich auf seiten d'Annunzio befand, brach ein Brand aus und das Schiff wurde vollständig zerstört. — Der in Rom zusammengetretene Ministerrat beschloß, General Cavaglia volle Freiheit zu lassen. Ueber die Lage im Innern von Fiume gehen allerlei Gerüchte um. Die man weiß, sind nicht alle Fiumer d'Annunzio ergeben; andererseits ist ein großer Theil bereit, sich mit d'Annunzio zu opfern. Es ist zur Stunde außerordentlich schwer, die Gerüchte zu kontrollieren. Die italienische Presse verzögert den steten Einbruch der traurigen Ereignisse nicht, steht jedoch geschlossen hinter der Regierung und General Cavaglia.

* Berlin, 28. Dez. Das Reichsverkehrsministerium mandirte sich unter Hinweis auf den Erlass der Reichsregierung vom 17. Dez. an die Eisenbahndirektionen, um nochmals den klaren, festen Standpunkt der Regierung zur Frage des Beamtenkreises mit allem Nachdruck zu vertreten. Der Reichsverkehrsminister betrachtet es als seine Aufgabe, eine gerechte und, soweit es die Verhältnisse anlassen, befriedigende Lösung der Befoldungsfrage der Beamten zu erreichen, betont aber, daß das Streikverbot nicht etwa auf die gegenwärtige politische Zusammenrechnung des jetzigen Reichscabinetts zurückzuführen sei, daß hingegen auch die frühere sozialistische Regierung in Verbindung mit der noch bestehenden preussischen Regierung den Beamten des Streikrechts abgesprochen habe.

Die Eisenbahner

* Berlin, 29. Dez. In den Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Beamtenbund wurde beschlossen, die Forderungen des Eisenbahner des Reichsgüterverkehrs zu überweisen, in dem Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes stien. Der Reichsgüterverkehrs wird am 3. und 4. Januar in Berlin alle die Eisenbahnbeamten anhebenden Fragen erörtern. Die Forderungen der Eisenbahner werden in Verhandlungen im Reichsforleisministerium erledigt werden.

Salz a. d. Z. 28. Dec. Die Verbände der Provinzialenberauben Mittelstandes beschließen, die unzulässig neue Forderungen einzuleiten, beizugehen auf ihrer Forderung in Salzen den Werken bis zum 15. Januar ein Ultimatum zu stellen, andernfalls der Generalkreis verhandelt wird. Dieser Beschluss wurde den zuständigen Ministern telegraphisch übermittelte.

* Berlin, 28. Dec. Die aus den Kreisen der Verbräucher, Reichstagsabgeordneten und Vertretern der Ministerien zusammengesetzte Commission für die Sanctionirung unserer auf die Dauer un-
haltbaren finanziellen Lage der Eisenbahnen hat sich dahin angeschlossen, daß trotz der
entscheidenden neuen Belastung und Erschwerung
des Handels und Verkehrs nur eine völlige Um-
arbeitung und Erhöhung der Tarife helsen
könne. Es ist daher eine Neuaufstellung des Per-
sonen- und Gülertariffs notwendig, die einen Aus-
gleich zwischen Einnahme und Ausgabe der Eisen-
bahnen schaffen soll. Höher übersteigen die Aus-
gaben noch immer die Einnahmen um ein ganz Ge-
waltiges, so daß wir im kommenden Jahre mit
einem Fehlbetrag von etwa 20 Mil-
larden zu rechnen haben. Entgegen allen an-
ders lautenden Nachrichten deukt man nur on eine
mäßige Erhöhung im Personenloz, der Gülter-
tarif soll dagegen stärker herangezogen werden.
Die Erhöhung der Tarife soll jedoch vor dem Früh-
jahr im kommenden Jahre nicht zu erwarten sein.

Paris, 28. Dez. Laut Mitteilung der Reparationskommission sind im November 1701 032 kg Farbstoffe und 8217 kg pharmazeutische Produkte von Deutschland geliefert worden. Als M. Rav. waren insoweit 9679 101 kg Farbstoffe und 36701 kg pharmazeutische Produkte geliefert. Am 24. M. wurde ein Protokoll unterzeichnet, das die Lieferung der 25 Prozent der in Deutschland hergestellten pharmazeutischen Produkte regelt, auf die die Reparationskommission ein Optionsrecht hat.

Randalismus

Das Denkmal Kaiser Wilhelm I. zu sprengen. Während die unteren Stufen und die Umfassung des Denkmals zertrümmert wurden, blieben Sockel und Figur unbeschädigt. Der angerichtete Schaden ist dennoch sehr beträchtlich. In einem Umkreise von 100 Metern wurden sämtliche Denkmäler zertrümmert.

Dr. P. P. W. geschrieben: Das preussische Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 12. d. M. die damit einhergehenden erklärt, daß ein Gesetzentwurf in der Landesversammlung eingebracht wird, wonach zur Unterhaltung notwendiger, nebenbahnähnlicher Kleinbahnen Darlehen zu günstigen Bedingungen bis zu 40 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Die Darlehen werden rund 100 Millionen betragen, von denen das Reich ein Drittel, Preußen zwei Drittel, die Provinzen ebenfalls zwei Drittel zur Verfügung stellen.

Woh auf den Ministerpräsidenten und eine Anzahl politischer Persönlichkeiten Bombenattentate verübt wurden. Verletzt wurde niemand.

mentiert jetzt auf Grund einer Mitteilung aus Moskau die Meldung, wonach die Sowjetregierung von Rostow nach Petersburg übersiedeln sollte. — Die Volkszählung ergab nach dem gleichen Büro für das Gebiet von Sowjet-Rußland einschließlich der verbundenen Sowjetrepubliken eine Bevölkerungsziffer von 133 Millionen.

水

Einmal Dampf in Eibersfeld ist noch einem vierzehn-
tägigen Hungerkreiß in der Heilaußalt gestorben.

Bombardement und Straßenkämpfe

² Paris, 20. Dez. (Havas.) Der Korrespondent des "Chicago Tribune" in Rom meldet unterm

geschlossene, Vater den rechtmäßigen Eigentümer
aufstellen würden.

